

ÄA-Nr.	Zeilenr.	Antragsteller*innen	Empfehlung AK	ggf. Text
226	1376ff	KV Marburg-Biedenkopf	Übernahme	
8	1378	KV Main-Taunus	modifizierte Übernahme	Einfügung im ÄA205 des Landesvorstand "Lehren aus NSU" nach "verschärft": "Deren Einsatz muss auf das absolut notwendige Maß beschränkt bleiben und nachrangig gegenüber anderen Aufklärungsmöglichkeiten sein."
251	13965ff	Schmitt u.a.	Übernahme	
252	1404ff	Schmitt u.a.	erledigt durch Annahme 251	
139	1416ff	KV Offenbach-Stadt	Übernahme	
79	1418	LAG Christ*innen	Übernahme	
204	1448ff	Landesvorstand		erl durch mod Übernahme ÄA 263
211	1454ff	KV Darmstadt	mod. Übernahme	"Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass es bei der Polizeilichen Kriminalstatistik der Bundesländer zum Zwecke der Vergleichbarkeit zu einer weiteren Verbesserung der Datenbasis kommt. Die Einführung einer bundesweiten Dunkelfeldstudie und die Verknüpfung der Polizeilichen Kriminalstatistik mit der Strafverfolgungsstatistik halten wir für sinnvoll um bessere Datengrundlagen zu bekommen, wie die polizeilich registrierten Straftaten von den Staatsanwaltschaften und Gerichten verfolgt und geahndet wurden."
278	1462	Theiss u.a.	Abstimmung	
104	1467	KV Groß-Gerau	Übernahme	
134	1479ff	Lavo GJH	Übernahme	

ÄA-Nr.	Zeilenr.	Antragsteller*innen	Empfehlung AK	ggf. Text
227	1482ff	LAG Medien	mod. Übernahme	<p>Anlassbezogene zielgerichtete Überwachungsmaßnahmen statt anlassloser Überwachung aller</p> <p>Wir treten für die bessere Überwachung von Straftäter*innen ein. Wir setzen uns deshalb für mehr Personal bei den Sicherheitskräften auch auf Bundesebene ein. Vor diesem Hintergrund haben wir auch das Instrument der elektronischen Fußfessel für sogenannte Gefährder*innen prinzipiell unterstützt. Wir lehnen eine anlasslose Überwachung Aller ab. Dies gilt auch für eine ausufernde Videoüberwachung. Der punktuelle Einsatz der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen kann aber einen Beitrag zur Sicherheit leisten. Wichtig ist jedoch, dass solche Eingriffe anlassbezogen, verhältnismäßig, eng begrenzt und nach klar definierten Regeln und Gesetzen erfolgen. Zudem müssen andere Maßnahmen, die Verbrechen vorbeugen überprüft werden. Unsere Bewertung entsprechender Regelungen hängt daher immer von der konkreten Ausgestaltung ab, die in ihrer Wirksamkeit evaluiert werden muss. Eine massenhafte, anlasslose Überwachung lehnen wir strikt ab. Die Zugriffsrechte der Sicherheitsbehörden auf Kameras sind daher klar zu definieren. Den Einsatz wollen wir auch in Zukunft eng mit der bzw. dem Datenschutzbeauftragten abstimmen. Die sogenannte intelligente Videoüberwachung, die auffälliges Verhalten erkennt oder Gesichter identifiziert, lehnen wir ab.</p> <p>Gegenüber neuen technischen Lösungen zur Verbesserung der Sicherheit zeigen wir uns aufgeschlossen. Dabei ist für uns wichtig, dass die Wirksamkeit angestrebter Maßnahmen durch wissenschaftliche Studien oder durch die Auswertung der Wirksamkeit in anderen Ländern und Bundesländern evaluiert wird.</p>
135	1484ff	Lavo GJH	Übernahme	Text siehe oben bei ÄA 227
229	1484ff	LAG Medien	mod Übernahme	in 1485 nach "Vor diesem Hintergrund haben wir auch das Instrument der elektronischen Fußfessel für sogenannte Gefährder*innen prinzipiell unterstützt" einfügen: "Ihr Einsatz muss jedoch rechtsstaatlich klar definiert, eng begrenzt und mit hohen Hürden versehen sein. Ebenso muss sich die Wirksamkeit der Ausweitung dieses Instruments auf sogenannte Gefährder*innen zur Verhinderung von Straftaten in der Praxis erst noch erweisen."
136	1488ff	Lavo GJH	Abstimmung	
82	1488ff	KV Main-Taunus		erledigt durch Abstimmung über ÄA136
230	1491	LAG Medien	Übernahme	Text siehe oben bei ÄA 227
205	1502	Landesvorstand	Übernahme	

ÄA-Nr.	Zeilenr.	Antragsteller*innen	Empfehlung AK	ggf. Text
138	1525	Lavo GJH	Abstimmung	
196	1525	KV Marburg-Biedenkopf	Abstimmung	
213	1566ff	KV Darmstadt	Übernahme	
264	1566ff	Drenger u.a.		erledigt durch Übernahme von ÄA213
235	1578	KV Marburg-Biedenkopf	mod Übernahme	in Zeile 1555 einfügen: "Diese Empfehlungen sollen zum verbindlichen Maßstab für die Verwaltung werden."
197	1579ff	KV Marburg-Biedenkopf		erledigt über Abstimmung zu ÄA 196
234	1579ff	KV Marburg-Biedenkopf		erledigt durch Abstimmung über ÄA196
214	1618ff	KV Darmstadt	mod Übernahme	in Zeile 1618 einfügen: "Wir wollen uns an der OpenGovernment-Initiative des Bundes beteiligen und die hessischen Kommunen durch ein Landesprogramm unterstützen."
263	1626	Tramnitz u.a.		In Zeile 1447 wird ab "Auch bereits..." ersetzt durch: "Auch bereits bestehende Regelungen sollen entsprechend immer wieder evaluiert und ggf. korrigiert werden. Dies gilt insbesondere für die Quellen-Telekommunikationsüberwachung und die Online-Durchsuchung. Wir setzen uns für eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik ohne diese Instrumente ein. Die nötigen Grundrechtseingriffe für die Überwachung von verschlüsselten Kommunikationen sowie die Schwächung der IT-Sicherheit wiegen in der Regel schwerer als der Nutzen, der daraus gezogen werden könnte. Zudem hat das Bundesverfassungsgericht für einen solchen Eingriff zu Recht hohe Hürden definiert. Ob die Einhaltung dieser Hürden überhaupt technisch gewährleistet werden kann, muss sich aus unserer Sicht erst noch erweisen. Selbst wenn dies gewährleistet werden kann, kommt ein Einsatz dieser Instrumente für uns nur dann in Betracht, wenn hierdurch schwerste Straftaten verhindert oder das Leben von Menschen geschützt werden kann und dies nicht durch andere Instrumente gewährleistet werden kann, die weniger stark in Grundrechte eingreifen."
198	1633	LAG Demokratie	modifizierte Übernahme	"deren Anwendung wir auch für Richterinnen und Richter entsprechend prüfen wollen."
38	1645	KV Frankfurt	mod Übernahme	in Zeile 1645 einfügen: "Dazu wollen wir dafür Sorge tragen, dass das Land Hessen als Arbeitgeber Anzahl und Dauer seiner befristeten Beschäftigungsverhältnisse reduziert und seine Arbeitnehmer*innen in aller Regel nach vierjähriger befristeter Beschäftigung unbefristete Arbeitsverhältnisse anbietet."

<b>ÄA-Nr.</b>	<b>Zeilenr.</b>	<b>Antragsteller*innen</b>	<b>Empfehlung AK</b>	<b>ggf. Text</b>
22	1649ff	KV Main-Taunus	mod Übernahme	In 1649 wird eingefügt: "Uns ist der Grundsatz wichtig, dass das Beamtenrecht dem Tarifrecht folgt, insbesondere auch bzgl. der Tarifabschlüsse." In 1652 wird eingefügt: " Daneben setzen wir uns dafür ein, dass Kommunen ihren Mitarbeiter*innen das Landesticket ebenfalls anbieten und ihnen bei Problemen in der Umsetzung helfen."
289	1655ff	LAG Mobilität	Abstimmung	
245	1660	Schulz-Asche u.a.	Übernahme	
173	1671	Stein u.a.	Übernahme	